

Deutschland.

Berlin, 24. März. Das ungarische Blatt „Hon“, welches der Partei der ungarischen Linken angehört, beschuldigt die Regierungspartei, daß die Politik derselben darauf gerichtet sei, das Land in einen Krieg zu verwickeln, während die Regierungspartei der Linken den Vorwurf mache, daß diese den Krieg wolle, was Letzterer indessen fern liege. In dem Artikel des „Hon“ wird zum Beweis dafür, daß man auf den Krieg hinarbeite, darauf hingewiesen, daß Fürst Czartoryski als Präsident der Franco-Austrian Bank beim Kaiser eine Audienz gehabt und ihm bei dieser Gelegenheit das Geld der Bank für den Fall eines Krieges zur Disposition gestellt habe; ferner wird darin angeführt, daß man in den Wiener Finanzkreisen einen Krieg erwarte und daß die hohe Finanz am großen Tage der Reue die den Anstrengungen des ungarischen und österreichischen Volkes mit ihren Geldmitteln sich zugesellen wolle. Während man in Ungarn die Erhaltung des Friedens wünsche, schließt dann das Blatt, steuere man in Wien auf den Krieg los und warte damit nur so lange, bis das Geld zur Disposition stehe. — In Krakau erscheint seit dem 1. März ein neues politisches Tageblatt unter dem Titel „Kri“ (Land). Das Blatt ist mit bedeutenden Geldmitteln gegründet. An der Spitze des Unternehmens steht Adam Sapieha in Krakau. Auch Polen aus Posen und Westpreußen haben sich an der Gründung des Blattes beteiligt, u. A. der Graf Stanislaus Czartoryski in Posen (Kreis Kröben) und das Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Neustadt-Carthaus Rittergutsbesitzer Gzarkinski zu Buchnowo bei Culmsee (der nebenbei gesagt, nur durch die Uneinigkeit der Deutschen, dadurch nämlich, daß sich die National-Liberalen des Wählens enthalten, um nicht dem konservativen Deutschen ihre Stimme zu geben, erhalten hat.). Das Blatt verfolgt eine liberale, vor Allem aber national-politische Richtung. Aus seinen Berliner Korrespondenzen geht noch speziell hervor, daß das polnische Blatt Preußen ganz in derselben Weise wie die chauvinistischen und Hiesiger Organe verächtlich und als erobrerungsfüchtig hinstellt. Es sind zum Theil selbst genau dieselben böswilligen und fanatischen Lügenhaftigkeiten, wie sie in den genannten Organen vorkommen. — Auch rheinische Mittheilungen beschäftigen sich jetzt mit den Reichsplanen des Königs für den nächsten Sommer. Dieselben sind wohl nur der Widerhall der Gerüchte, die von hier aus verbreitet worden sind, und stellen sich ebenso unbegründet wie diese heraus. Es sind in Betreff der Reisen des Königs im nächsten Sommer bis jetzt noch keine Beschlüsse gefaßt. — Die in den Zeitungen befindlichen Gerüchte in Betreff der nahe bevorstehenden Besetzung des Präsidiums der Oberrechnungskammer sind als voreilig zu bezeichnen; namentlich aber werden die in diesen Mittheilungen namhaft gemachten Kandidaturen (des General-Steuerdirektors v. Pommer-Esche und des Geh. Ober-Finanzrath und Ministerial-Direktors Günther) in kompetenten Kreisen nicht für wahrscheinlich gehalten. — In nächster Zeit ist die Ernennung einer großen Anzahl von Regierungs-Räthen zu erwarten. Es steht nämlich die Beförderung einer Anzahl Regierungs-Assessoren und in gleichem Range mit denselben stehenden Beamten der neuen Provinzen in Aussicht, wobei namentlich die Bedürfnisse der Verwaltung der neuen Landestheile in Betracht kommen werden. — Unter dem Titel „Preußens gerechte Sache. Ein Wort zur Verständigung von einem Süddeutschen“, ist bei Steinkopf in Stuttgart eine Broschüre erschienen, die sich zur Aufgabe gestellt hat, der in Süddeutschland häufiger vorkommenden Auffassung entgegen zu treten, als ob Preußen bei der Politik, die es im Jahre 1866 vertreten und die es zum Siege geführt hat, im Unrecht gewesen sei und als ob daher jeder Anschluß Süddeutschlands an Norddeutschland eine Solidrität, eine Gutheißung dieses Unrechts in sich schloße. Preußen sei zu seiner Politik in seinem und Deutschlands Interesse gezwungen gewesen; Süddeutschland aber sei bei der feindseligen Stellung, die Frankreich der nationalen Entwicklung Deutschlands gegenüber einnehme, den größten Gefahren ausgesetzt, wenn es sich dem norddeutschen Bunde nicht anschliesse. Es gelte jetzt für uns Deutsche entweder ein großes Volk zu werden oder darauf zu verzichten überhaupt ein Volk zu sein. Es ist jedenfalls dankenswerth, eine derartige Stimme aus Süddeutschland zu vernehmen. — Das Landes-Deponie-Kollegium ist auch über die Frage wegen der preussischen Pferdezügung in Beratung getreten, bei welcher Gelegenheit der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten sich über dieselbe folgendermaßen ausgesprochen hat: Die Qualität der Pferde habe sich gebessert. Dies constatire auch ein Bericht über die Brauchbarkeit der Pferde in den Feldzügen von 1864 und 1866, welchen er auf seinen Wunsch vom Kriegsminister erhalten habe. Der Minister erklärte sich gegen den Bericht der Beathungs-Kommission, daß die Verwaltung der Haupt- und der Landgestüte getrennt werden solle. Derselbe erkennt kein Bedürfnis für eine solche Trennung an und hält niemals für rathsam, zwei

Spitzen für einen Verwaltungszweig zu errichten. — Bei dem vielfach eingetretenen Mangel an wahlberechtigten Religionslehrern der höheren Schulen hat sich der evangelische Oberkirchenrath mit dem Kultusminister über diese Angelegenheit in's Einzelne gesetzt. Es hat sich dabei herausgestellt, daß auf einer durchgreifenden Hilfe einzuwirken versichert werden müsse und daß für jetzt nur übrig bleibe, für junge Theologen, welche sich später für das Lehramt an höhere Schulen bestimmen, durch die Verbindung einer theoretischen Anleitung zum Lehramt mit gleichzeitigen praktischen Uebungen zu sorgen. Eine geeignete Gelegenheit bietet hierzu das mit dem Kloster Gymnasium zu Magdeburg verbundene Konvikt dar. Der evangelische Oberkirchenrath hat daher eine Circular-Berufung an die Konviktorien erlassen, in welcher derselben aufgefordert werden, die Kandidaten der Theologie, welche Neigung und Veruß zum Lehramt an höhere Schulen haben, auf das bezeichnete Konvikt aufmerksam zu machen. — **Berlin, 25. März.** Se. Maj. der König empfing gestern Vormittags den General v. Goeben, die Obersten v. Barnekow und Graf Waldesee, den aus Kiel hier eingetroffenen Chef der Disposition, Kontré-Admiral Feldt, nahm hierauf die Vorträge des Geh. Ober-Regierungsrathes Wehrmann, des Geh. Rats v. Nöldeke, des Hausministers v. Schleich, des Geh. Hofrathes Bock entgegen und bejahte auf einer Ausfahrt den schwer kranken Botschafter Grafen v. d. Goltz. Vor dem Diner, an welchem nur die Frau Großherzogin Louise von Baden theilnahm, konterte der König mit dem Ministerpräsidenten Graf Bismarck. — Der Königl. Hof und die hier anwesenden fürstlichen Personen nahmen heute Vormittags halb 10 Uhr in der Kapelle des Kronprinzlichen Palais das Abendmahl und lassen sich dasselbe von dem General-Superintendenten Dr. Hoffmann unter Assistenz der übrigen Domgeistlichen reichen. Die liturgischen Gesänge über der Königl. Domchor aus. — Die Prinzessin Victoria von Baden ist von Hautkrankheit befallen, welche die Großherzogin zu einem längeren Aufenthalt nöthigen dürfte. — Die diesjährige Frühjahrsausstellung der Frucht-Ausstellung der Gesellschaft der Gartenfreunde Berlins wird am 4., 5. und 6. April in Anstalts Hotel stattfinden, und werden dem Berechnen nach sehr werthvolle Preise des Königs und der Königin für ausgezeichnete gärtnerische Leistungen zur Vertheilung kommen. — Die Petitions-Kommission des Reichstags hat ihren ersten Bericht erstattet. Sie berichtet darin zunächst über eine Petition von 102 Studierenden der Albertus-Universität zu Königsberg, welche die Abschaffung der akademischen Gerichtsbarkeit beantragen. Die Petition motivirt diesen Antrag durch Bezugnahme auf eine beigefügte gedruckte Denkschrift der Berliner Studierenden aus dem Jahre 1867, sowie durch Berufung auf einen vom deutschen Juristentage in München im Jahre 1867 gefaßten Beschluß. Durch die Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit gelangt der Grundgedanke der Rechtsgleichheit und des einheitlichen gerichtlichen Verfahrens zu erweiterter praktischer Geltung, und erklärt die Kommission, daß sie sich in diesem Sinne mit dem von den Petenten vorgebrachten Wunsche nur einverstanden erklären könne. Es scheint jedoch die Frage, ob es nicht angemessen sei, einen Theil der Disziplinarsachen den akademischen Korporationen vorzubehalten, noch einer weiteren vorbereitenden Erörterung zu bedürfen. Auch kommt in Betracht, daß auf einzelnen Universitäten nicht nur die Studierenden, sondern auch die Professoren unter akademischer Gerichtsbarkeit stehen, und daß diese Exemption da, wo neben dem gemeinen Recht ein besonderes Stadtrecht besteht, mit einer tiefgreifenden Verschiedenheit der Rechtsverhältnisse der Professoren und übrigen Akademieverwandten und der Bürger verbunden ist. Der Begriff der akademischen Gerichtsbarkeit ist daher nach dieser Richtung hin ein weiterer als derjenige, welchen die Petition ausschließlich ins Auge faßt, und bei einer Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit würden daher auch die Rechtsverhältnisse der Professoren zu berücksichtigen sein. In diesem Sinne beantragt die Kommission deshalb die Petition an den Bundeskanzler zu geeigneter Berücksichtigung zu überweisen. — **Dresden, 24. März.** Die vielfach umlaufenden beunruhigenden Gerüchte über das Befinden Sr. Maj. des Königs kann das „Dresdener Journal“ als völlig unbegründet bezeichnen. Se. Majestät hat schon seit mehreren Nächten gut geschlafen; die frühere Appetitlosigkeit hat sich verloren und nahm Se. Majestät ununterbrochen an den Staatsgeschäften Theil. Am jedoch jedem Anlasse zu Rückschüben zu begegnen, wird das gewöhnlich am zweiten Osterfeiertage stattfindende Hofkonzert nicht abgehalten. — Se. Majestät König Johann hat für das in Triest der Erinnerung des Kaisers Maximilian von Mexiko zu widmende Denkmal den Beitrag von 200 Gulden gespendet. — Der R. russische Gesandte, Graf Bludoff, ist, wie wir hören, bereits vor einigen Tagen aus Paris

hierher zurückgekehrt, neuerdings aber in Familienangelegenheiten nach Berlin gereist. — Zu Ehren des vorgestrigen Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs von Preußen hat bei dem hiesigen Königlich preussischen Gesandten, Herrn v. Eichmann Excell., bereits vergangenen Sonnabend ein Festdiner stattgefunden, zu dem die angesehensten hier lebenden Preußen Einladungen erhalten hatten und wobei Herr v. Eichmann einen Toast auf das Wohl seines Souveräns ausbrachte. — Im Laufe des vorgestrigen Tages erschien im Hotel der R. preussischen Gesandtschaft zunächst Se. Excellenz der Kriegsminister, Herr General-Lieutenant v. Fabrice, um am Geburtsfeste des Bundesoberfeldherrn für Allerhöchstdenjenigen die Glückwünsche des zwölften Bundesarmee-Korps darzubringen, denen Se. Exc. der Stadtkommandant, Herr General-Lieutenant Frhr. v. Haußen, die Glückwünsche der hiesigen Garnison anschlöß. Außerdem haben zu gleichem Zwecke gestern die Königl. und prinziplichen Hofstaaten, die Herren Staatsminister, die Generalität und die Mitglieder des diplomatischen Korps dem Herrn Gesandten v. Eichmann Besuche abgeleistet. — Die Direktoren sämtlicher Gymnasien des Landes sind für gestern und heute zu einer anderweitigen Berathung eines neuen Gymnasial-Regulativs nach Dresden einberufen. — In Bezug auf unsere gestrige Notiz über den Uebertritt des Grafen Schönburg aus der protestantischen zur römisch-katholischen Kirche haben wir noch eine Erklärung beizufügen, welche die Kirchenvorstände der Pfarochie Glauchau mit Albertthal, Elzenberg und Rothenthal einstimmig abgegeben haben. Sie lautet: „Der Kirchenvorstand spricht sein schmerzliches Bedauern über den Austritt des Grafen Karl, Grafen und Herrn von Schönburg aus der evangelisch-lutherischen Kirche aus. Eingedenk seiner Obliegenheit, die Kirchengemeinde in allen Rechtsangelegenheiten zu vertreten, nimmt der unterzeichnete Kirchenvorstand für die von ihm vertretene Kirchengemeinde Glauchau mit Rothenthal, Albertthal und Elzenberg als ihr Fundamentale recht evangelisch-lutherisches Kirchenregiment und evangelisch-lutherisches Patronat in Anspruch, verwahrt sich entschieden gegen alle und jede Beeinträchtigung der Kirchengemeinde seitens des römisch-katholischen Neceßherrschafsbessers Herrn Karl, Grafen und Herrn von Schönburg, sei es indirekt durch eine von ihm bestellte oder mittelbare Kirchenbehörde, sei es direkt durch Besetzung der geistlichen und Schulstellen in der Kirchengemeinde. Der Kirchenvorstand beauftragt eine aus seiner Mitte ernannte Kommission mit Einleitung der erforderlichen Schritte, um das konfessionelle Recht der Kirchengemeinde gegen die eventuellen Ansprüche des römisch-katholischen Neceßherrschafsbessers sicher zu stellen.“ Diese Erklärung wurde von dem besagten Kirchenvorstande in einer am 19. März d. J. abgehaltenen Sitzung beschlossen. — **Karlsruhe, 22. März.** Das Geburtsfest Sr. Majestät des Königs von Preußen wurde offiziell hier und in Mannheim gefeiert. Hier durch ein Diner, das der Königl. preussische Legationsrath und Geschäftsträger Herr v. Neumann für den abwesenden Königl. Gesandten Grafen Flemming heute im Gasthof zum Erbprinzen den hiesigen Diplomaten und anderen Notabilitäten gab. In Mannheim feierte das Infanterie-Regiment, dessen Chef der König ist, den Tag durch eine große Parade. Nachdem nun auch die Großherzogliche Gendarmarie den Helm des Leibgrenadier-Regiments, jedoch ohne Busch, statt des bisherigen schwarzen runden Hüthutes mit dem Hofschild erhalten hat, sind mit Ausnahme der Grenzwachter, welche den bayerischen Helm älterer Façon mit einem weißen Hofschild tragen, sämtliche bewaffnete Korps Badens mit dem Helme versehen. — Nach einem pflanzlichen Blatte ist den Regierungen der Rheinverstaaten von der Kaiserlich französischen Regierung angezeigt worden, es werde auf dem Rheine via Straßburg, Mainz, Main-Donau-Kanal und der Donau in Bälde ein Kanonenboot erscheinen, das auf diesem Wege seiner Eigentümerin, der türkischen Regierung nach Konstantinopel geführt werden solle. — Das Schwurgericht Offenburg hat über einen Mörder das Todesurtheil ausgesprochen. Dasselbe wird jedoch voraussichtlich in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt, da Se. K. H. der Großherzog Friedrich bis jetzt noch kein Todesurtheil bestätigte. — **Wien, 23. März.** Abermals taucht die Nachricht auf, der Auenabzustand in Böhmen solle nun bald aufgehoben werden, und zwar nennt man Pflanzungen als den Zeitpunkt hierfür. Zu gleicher Zeit schreibt man einem Prager Blatte — soll eine Pflanzung, jedoch nur für die während des Ausnahmezustandes erfolgten Pflanzungen erfolgen. Wir glauben, daß diese Nachrichten nur auf Kombination beruhen, und daß man jetzt auf Monate hinaus kaum schon Beschlüsse von solcher Wichtigkeit definitiv gefaßt hat. — Die „Debatte“ enthält eine Korrespondenz aus

Wesib, in welcher die von demselben Blatte gemeldete Aeußerung des Grafen Andrássy über die czechische Angelegenheit dementirt wird. Demselben Blatte wird abermals eine pikante Aeußerung des ungarischen Ministerpräsidenten berichtet, die derselbe gegen einen Politiker gemacht haben soll, der das wiederholt in manchen Journalen besprochene Thema einer Reichstanzlerschaft Andrássy's zur Sprache brachte. Andrássy erwiderte darauf: „Die Blätter kommen mir vor, wie jener Chor in der Nestroy'schen Posse, der immer „Eduard und Kunigunde“, „Kunigunde und Eduard“ singt. Nestroy hat bewiesen, daß man das Publikum auch mit solchen Kompositionen unterhalten kann. Folglich haben die Journale Recht.“ — **Wesib, 24. März.** Die gestern begonnenen Wahlen zum Landtage sind heute beendet. Die Stadt Wesib hat Deak und den israelitischen Banquier Wahrmann, einen Anhänger der Deakpartei, gewählt, zugleich aber von der Oppositionspartei Wids, Czernatone, Jofay. — Der Kandidat der Linken, Jofay, hat bei den Wahlen gegen den Minister Gorove den Sieg davongetragen. — **Paris, 24. März.** „Constitutionnel“ meldet, daß demnächst ein höherer Orts veranlaßter Bericht über die seit Errichtung des zweiten Kaiserreichs auf sozialem Gebiete gemachten Fortschritte erscheinen wird. — **Madrid, 24. März.** Die mit dem Entwurf der Verfassung beauftragte Kommission wird heute Abend das Resultat ihrer Beratungen der Volksvertretung vorlegen. Folgendes sind die Grundzüge des Entwurfs: Die Regierung ist eine monarchische mit zwei Kammern, wovon die Senatskammer durch die Provinzialräthe, die Deputirtenkammer durch allgemeine Abstimmung gewählt wird. Die Pressefreiheit und das Recht, Vereine zu bilden, werden gewährleistet. — **Bukarest, 23. März.** Die von der „Correspondence du Nord-Est“ in einer angeblichen Krakauer Korrespondenz gebrachte Mittheilung, es seien 200 preussische Unteroffiziere, als Erdarbeiter verkleidet, auf dem Wege nach Rumänien, ist erlogen und gehört zu denjenigen Erfindungen, welche die rothe Partei als Wahlmanöver verbreitet. Die Regierung hat Beweise erhalten, daß dieselbe Partei Unordnungen und Gewaltthätigkeiten bei den Wahlen hervorgerufen beabsichtigt, und ihre Maßregeln darnach getroffen. — **Bukarest, 22. März.** Der Geburtstag des Königs von Preußen wurde heute hier mit einer kirchlichen Feier begangen, bei welcher sich ein Delegirter des Fürsten, die Minister und eine große Anzahl hier anwesender Deutscher beteiligten. Der preussische General-Konful Graf Kasperling empfing die Gratulation zahlreicher Deputationen; Fürst Karl nahm an dem zu Ehren des Tages veranstalteten Feste Theil. — Das seitens der oppositionellen Presse ausgepöngte tendenziöse Gerücht, der Minister des Inneren, Cogalniceanu, beabsichtige wegen Meinungsverschiedenheit mit seinen Kollegen seinen Abschied einzureichen, ist unbegründet. — **Egypten.** Man sagt, der Vicekönig werde in Bälde sich nach Paris begeben und die Kaiserin Eugenie einladen, der feierlichen Eröffnung des Suez-Kanals beizuwohnen, welche, wie man sehr entschieden hofft, im Monat Oktober wird stattfinden können. — **Stettin, 25. März.** Heute Vormittag hat die Eröffnung der hiesigen Kunstausstellung stattgefunden. — In verfloßener Nacht kurz nach 4 Uhr rückte die Feuerwehre nach dem Hause Ede der kleinen Ober- und Baumstraße aus. Dort brannte in einem Zimmer der zweiten Etage der Fußboden und hatte das Feuer durch die von den Bewohnern vorher erfolglos angestellte Lösungsversuche bereits ziemlich an Ausdehnung gewonnen, so daß es fast einstündiger Arbeit der Feuerwehre bedurfte, um dasselbe vollständig zu dämpfen. Dieser Fall beweist wieder, wie sehr es im Interesse der durch Feuer Betroffenen liegt, stets sofort das Erscheinen der Feuerwehre zu veranlassen. — Wie man uns mittheilt, wird beabsichtigt, denjenigen Theil der Kasematten, in welchem bisher die Sträflinge untergebracht waren, zu Militärquartieren, an welchen es in der Stadt noch immer fehlt, einzurichten. Die hiesigen, sowie auch die zur Zeit noch in Straß und definitiven Straßgefängnissen dazwischen in den Räumen untergebracht werden, welche die Dienerie bis zur Uebersiedelung in ihre neue Kaserne, in den Festungswerken vor dem neuen Thore inne hatten. Die Straßlender Straßanstalt soll dagegen, wie es heißt, künftig für Straßgefängnisse der holländischen Truppen-theile benützt werden. — Daß selbst längere Strafen manchen Dieb nicht bessern, davon hat der Arbeiter Fried. Wilhelm Herokly aus Tarpelburg einen neuen Beweis geliefert. Derselbe war erst vor wenigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen, dessenungeachtet stahl er gestern schon wieder im Hause seines früheren Dienstherrn, des Fuhrmanns Gutschmidt eine Wagenwinde im Werthe von 10 bis

